

Berlin, 17. Mai 2021

Keine politisch motivierte und pauschale Anhebung des Mindestlohns

Eine pauschale Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro, wie es SPD und Grüne in ihren Bundestagswahlprogrammen vorschlagen, lehnen die Unternehmerinnen ab. Die Zukunft vieler KMU im Einzelhandel, der Gastronomie, dem Tourismus und anderen von der Pandemie stark betroffenen Branchen ist vollkommen unklar. Arbeitsplätze sind gefährdet. Auch bei einer baldigen Aufnahme der Geschäftstätigkeit werden viele Betriebe in diesen Branchen das kommende Jahr voraussichtlich nicht überleben. Die bereits beschlossene stufenweise Anhebung des Mindestlohns auf 10,45 Euro bis Juli 2022 erhöht schon jetzt den Druck auf die Unternehmen. Eine politisch motivierte und pauschale Forderung, den Mindestlohn auf 12 Euro und mehr anzuheben, geht an der Realität auf dem Arbeitsmarkt vorbei. Auch in Zukunft muss es Aufgabe der paritätisch mit den Sozialpartnern besetzten Mindestlohnkommission bleiben, die Entwicklung des Mindestlohns vorzuschlagen, unabhängig von politischen oder wahlkampfaktischen Beweggründen.

Kontakt

Anke Janetzki, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU)
Tel.: 030 200 59 19 12; E-Mail: anke.janetzki@vdu.de, www.vdu.de

Über den VdU

Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.800 Unternehmerinnen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 85 Milliarden EUR und beschäftigen über 500.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Deutschland. Seit über 65 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet.